

Nach Meinung des US-Publizisten Paul Craig Roberts dient die dem US-Senat vorliegende Gesetzesvorlage S.2277 der parlamentarischen Vorbereitung eines Krieges gegen Russland, in dem der Bundesrepublik Deutschland eine Sonderrolle zugehört ist.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 117/14 – 05.08.14**

Washington will die "Ukraine-Krise", die es selbst inszeniert hat, zum Krieg eskalieren

Von Paul Craig Roberts

Institute for Political Economy, 24.07.14

(<http://www.paulcraigroberts.org/2014/07/24/washington-escalating-orchestrated-ukrainian-crisis-war-paul-craig-roberts/>)

Trotz der Eingeständnisse der US-Geheimdienste, dass es keine Beweise für eine Beteiligung Russlands am Abschuss des malaysischen Verkehrsflugzeuges und der Auslöschung allen Lebens an Bord gibt (s. <http://www.wsws.org/de/articles/2014/07/25/pers-j25.html> und <http://www.paulcraigroberts.org/2014/07/23/us-intelligence-evidence-russia-paul-craig-roberts/>), eskaliert Washington die Krise und treibt zum Krieg.

22 US-Senatoren haben in der Zweiten Sitzung des 113. Kongresses den **Gesetzentwurf S.2277** eingebracht; er trägt die Überschrift "**To prevent further Russian aggression toward Ukraine and other sovereign states in Europe and Eurasia, and for other purposes**", Short Title "**Russian Aggression Prevention Act of 2014**" (Zur Verhinderung weiterer russischer Angriffe auf die Ukraine und andere souveräne Staaten in Europa und Eurasien und für andere Zwecke oder den Kurztitel: Gesetz zur Verhinderung einer russischen Aggression 2014; dieser Gesetzentwurf ist nachzulesen unter <https://beta.congress.gov/113/bills/s2277/BILLS-113s2277is.pdf>). Er wird derzeit im Auswärtigen Ausschuss des Senates beraten.

Beachten Sie, dass 22 Senatoren bereits "weitere russische Aggressionen" verhindert sehen wollen, obwohl es keinerlei Beweise für "eine einzige russische Aggression" gibt.

An dieser Propagandakampagne zur Vorbereitung eines Heißen oder Kalten Krieges gegen Russland hat sich auch der NATO-Oberkommandierende General Philip Breedlove beteiligt; er plant, starke Militärverbände nach Osteuropa zu verlegen, um schneller reagieren und Europa besser vor einer "russischen Aggression" schützen zu können. (s. dazu auch http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP05914_300314.pdf und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP07714_250414.pdf)

Da ist sie wieder: die "russische Aggression". Sie muss nur oft genug erwähnt werden, bis sie von allen für real gehalten wird.

Die Existenz dieser "russischen Aggression" wird nur behauptet, aber nicht nachgewiesen. Weder Breedlove noch die Senatoren können sich auf konkrete russische Kriegspläne für einen Angriff auf Europa oder irgendwelche anderen Staaten beziehen. Es gibt weder (russische) Positionspapiere noch Dokumente, aus denen sich ein wie immer gearteter Expansionsdrang Russlands ablesen ließe, oder in denen die Russen als "außergewöhnliches unersetzliches Volk" dargestellt würden, das Anspruch auf die Weltherrschaft erhebt (ganz im Gegensatz zu den USA, wie ausführlich unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP09614_300614.pdf nachzulesen ist). Es liegen keine Beweise dafür

vor, dass Russland (wie die USA) zu Spionagezwecken in die Kommunikationssysteme der ganzen Welt eingedrungen ist. Es ist auch nicht erwiesen, dass Putin Mitschnitte der privaten Mobiltelefon-Gespräche Obamas oder der Töchter Obamas hat, oder dass Russland die Betriebsgeheimnisse von US-Konzernen ausspioniert, damit russische Firmen davon profitieren können.

Nichtsdestotrotz halten es der NATO-Oberkommandierende und die US-Senatoren für dringend geboten, der NATO durch grenznah positionierte westliche Truppen die Fähigkeit zu einem Blitzkrieg gegen Russland zu verschaffen.

Der dem Senat vorliegende Gesetzentwurf S.2277 besteht aus drei Abschnitten, die folgende Überschriften tragen:

"TITLE I – REINVIGORATING THE NATO ALLIANCE" (Abschnitt I – Wiederbelebung des NATO-Bündnisses, s. unter <https://beta.congress.gov/113/bills/s2277/BILLS-113s2277is.pdf>, S. 5; besondere Beachtung verdient die Section 105 auf S. 13, mit der wir uns im Anschluss an den Roberts-Artikel ausführlicher beschäftigen.)

"TITLE II – DETERRING FURTHER RUSSIAN AGGRESSION IN EUROPE" (Abschnitt II – Verhinderung einer weiteren russischen Aggression in Europa, s. <https://beta.congress.gov/113/bills/s2277/BILLS-113s2277is.pdf> , S. 14)

TITLE III – HARDENING UKRAINE AND OTHER EUROPEAN AND EURASIAN STATES AGAINST RUSSIAN AGGRESSION (Abschnitt III – Stärkung der Ukraine und anderer europäischer und eurasischer Staaten gegen russische Aggressionen, s. <https://beta.congress.gov/113/bills/s2277/BILLS-113s2277is.pdf> , S. 44)

Wer wird diesen Gesetzentwurf wohl verfasst haben? Hinweis: Er wurde sicher nicht von den Senatoren und ihren Helfern erarbeitet.

In Abschnitt I geht es um die Stärkung der Position der US-Streitkräfte in Europa und Eurasien, um die Stärkung des NATO-Bündnisses durch den beschleunigten Ausbau der Basen des Raketenabwehrschildes an Russlands Grenzen, der die strategischen russischen Raketen abfangen soll (s. http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_12/LP08212_%20230412.pdf), um mehr Geld für Polen und die baltischen Staaten und um eine engere Kooperation der USA und der Bundesrepublik Deutschland in Fragen der globalen und der europäischen Sicherheit, also um die totale Integration des deutschen Militärs in die imperialistischen Streitkräfte der USA. (Wie man sich diese Kooperation vorstellt, wird in der Section 105 des Abschnitts I ausgeführt, die wir später genauer untersuchen.)

In Abschnitt II geht es um die Verhinderung "weiterer russischer Aggressionen in Europa" – durch Sanktionen und die finanzielle und diplomatische "Unterstützung der Demokratiebewegung und zivilgesellschaftlicher Organisationen in Russland". Es sollen also Milliarden von Dollars in nichtstaatliche Organisationen / NGOs in Russland gepumpt werden, um Russland auf die gleiche Art und Weise wie die Ukraine zu destabilisieren; auch in der Ukraine haben von Washington finanzierte NGOs den Sturz der gewählten Regierung betrieben. Weil die russischen Regierungen in den letzten 20 Jahren geschlafen haben, ist es Washington gelungen, sich mit "Menschenrechtsorganisationen" und anderen NGOs eine Fünfte Kolonne (s. http://de.wikipedia.org/wiki/F%C3%BCnfte_Kolonne) in Russland zu organisieren. (Weitere Infos zur Funktion von den USA finanzierter NGOs sind nachzulesen unter http://www.luftpост-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP10014_090714.pdf .)

In Abschnitt III werden verstärkte Hilfen für die Streitkräfte und Geheimdienste der Ukraine verlangt und die baldige Aufnahme der Ukraine, Georgiens und Moldawiens in die NATO

gefordert. Durch die Ausweitung der US-Gasexporte soll die Abhängigkeit Europas und Eurasiens von russischem Erdgas verringert werden; die Annexion der Krim durch Russland soll keinesfalls anerkannt werden, und durch verstärkten Sendebetrieb, sprich Propaganda, soll in (noch nicht westlich orientierten) Teilen der ehemaligen Sowjetunion für "mehr Demokratie und zivilgesellschaftliche Organisationen" geworben, also die gesamte Russische Föderation mit viel Geld zerschlagen werden.

Wie auch immer man diesen "Gesetzentwurf" betrachtet, er ist nichts anderes als eine Kriegserklärung. Außerdem werden diese provozierenden und sehr kostspieligen Winkelzüge als notwendige Gegenmaßnahmen gegen eine "russische Aggression" dargestellt, für die es keinen einzigen Beweis gibt.

Wie könnte man einen Gesetzentwurf charakterisieren, der nicht nur unbedacht und unnötig, sondern auch stärker von Orwell geprägt ist, als Orwells eigenes Buch ("1984", s. http://de.wikipedia.org/wiki/1984_%28Roman%29). Ich erwarte Ihre Vorschläge.

Die Ukraine, wie sie derzeit besteht, hat keine eigene Geschichte und nur künstliche Grenzen. Sie setzt sich zusammen aus der ehemaligen Sowjetrepublik Ukraine und russischen Provinzen (wie der Krim, die unter Chruschtschow an sie abgetreten wurde, s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Krim>). Als die Sowjetunion zerbrach, entließ Russland die Ukraine unter US-Druck in die Selbständigkeit – mitsamt den ehemals russischen Provinzen (s. dazu auch http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Ukraine).

Als Washington im letzten Jahr seinen Staatsstreich in Kiew inszenierte, begannen die an die Macht geputschten Russenhasser die russisch sprechende Bevölkerung im Osten und Süden der Ukraine mit Worten und Taten zu bedrohen. Die Krim-Bewohner ersuchten nach einer Volksentscheid um den Wiederanschluss an Russland und wurden aufgenommen. Diese Wiedervereinigung wurde durch die westliche Propaganda als Annexion (der Krim durch Russland) diffamiert. Als auch andere ehemalige russische Provinzen per Volksentscheid für einen Anschluss an Russland stimmten, lehnte Russland unter dem Eindruck der westlichen Propaganda (und um den USA keinen Vorwand für eine Militärintervention zu liefern) deren Aufnahme ab. Der russische Präsident Putin forderte Kiew auf, den ehemals russischen Provinzen durch Gewährung einer weitgehenden Autonomie den Verbleib innerhalb der Ukraine zu ermöglichen.

Kiew und die Strippenzieher in Washington gingen nicht auf diesen Vorschlag ein. Stattdessen startete Kiew militärische Angriffe auf diese Provinzen und führte auch zu dem Zeitpunkt, als das malaysische Verkehrsflugzeug abgeschossen wurde, Bombardements durch.

Washington und seine europäischen Vasallen haben die Situation in der Ukraine von Anfang an falsch dargestellt, ihre eigene Verantwortung für die Gewalt abgestritten und die ganze Schuld Russland anzulasten versucht. Es sind aber nicht die Russen, die Luftangriffe fliegen und diese Provinzen mit Truppen, Panzern und Artillerie angreifen. Während die gegenwärtigen Militäraktionen Israels gegen palästinensische Zivilisten in Washington, bei europäischen Regierungen und in den westlichen Medien auf Kritik stoßen, werden die Angriffe Kiews auf die ehemaligen russischen Provinzen kaum beachtet und kritiklos hingenommen. Nur ganz wenige US-Bürger scheinen überhaupt wahrzunehmen, dass Kiew in den ehemals russischen Gebieten Zivilisten angreift, weil die zu ihrem Mutterland zurückkehren möchten.

Eigentlich müssten die Sanktionen Kiew auferlegt werden, weil die militärische Gewalt von dort ausgeht. Stattdessen erhält die Ukraine finanzielle und militärische Unterstützung, und die Sanktionen werden gegen Russland verhängt, das sich militärisch heraushält.

Als der Ausbruch der Gewalt gegen die ehemaligen russischen Provinzen begann, ermächtigte die Duma, das russische Parlament (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Duma>), Putin dazu, (in der Ukraine) militärisch zu intervenieren: Anstatt von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen, hat Putin die Duma aufgefordert, die Ermächtigung wieder aufzuheben, was diese auch tat. Putin zog es vor, das Problem (mit den russischen Provinzen in der Ukraine) auf diplomatischem Wege in einer vernünftigen, nicht provozierenden Art und Weise anzugehen.

Putin hat für sein Angebot, die brisante Situation in der Ukraine – die durch den von Washington inszenierten gewaltsamen Sturz einer gewählten Regierung, die nur Monate später durch eine demokratische Wahl hätte abgelöst werden können – gewaltlos zu entschärfen, weder mit Respekt noch Zustimmung belohnt.

Die Sanktionen, die Washington durchgesetzt und zu denen es durch Druck auch seine europäischen Marionetten gezwungen hat, senden ein falsches Signal an Kiew aus. Sie sagen Kiew, dass der Westen mit der Kiewer Entscheidung einverstanden ist, die Probleme mit den ehemaligen russischen Provinzen nicht durch Verhandlungen, sondern mit Gewalt zu lösen.

Das bedeutet, dass die Kämpfe weitergehen werden, weil Washington das offensichtlich will. Nach jüngsten Berichten sollen bald US-Militärberater in der Ukraine eintreffen, um bei der Eroberung der revoltierenden ehemals russischen Provinzen zu helfen.

Die sich prostituierenden westlichen Medien stellen gleichzeitig sicher, dass sich die Mehrheit der Bevölkerung der USA und Europas nicht aus dem Griff der antirussischen Propaganda Washingtons befreit.

Schon bald wird die russische Regierung die Tatsache zur Kenntnis nehmen müssen, dass sie keine "westlichen Partner" mehr hat. Ihre Feinde im Westen versuchen gerade, Russland zu isolieren, Russland wirtschaftlich und diplomatisch zu schwächen, Russland militärisch zu umzingeln, Russland zu destabilisieren – indem sie von der US-Regierung finanzierte NGOs, die einen Umsturz organisieren sollen, auf die Straßen Moskaus schicken, damit auch dort eine US-Marionette installiert werden kann – und wenn das nicht gelingt, wird der Westen Russland mit Atomwaffen überfallen.

Ich respektiere, dass Putin auf Diplomatie und Entgegenkommen statt auf Gewalt setzt. Putins Problem ist nur, dass Washington nicht darauf eingeht, weil es überhaupt keine Verständigung will.

Washington hat einen anderen Plan. Westeuropa hat es bereits eingefangen, weil die unfähigen Regierungen der europäischen Staaten den Führungsanspruch Washingtons nicht abschütteln können.

Ich hoffe, dass ich mich irre, denke aber, dass sich Putin verrechnet hat. Wenn Putin das Anschlussbegehren der ehemaligen russischen Provinzen akzeptiert hätte, wäre der Konflikt in der Ukraine vermutlich schon zu Ende. Ich bin sicher, dass sich Europa einer US-Invation zur Rückeroberung der abgefallenen russischen Provinzen für die Ukraine nicht angeschlossen hätte. Wenn Washington behauptet, Putin sei für den Abschuss des malaysischen Verkehrsflugzeuges verantwortlich, hat es in einem gewissen Sinn sogar recht. Wenn Putin nicht nur die Krim, sondern auch die (jetzt umkämpften) russischen Provinzen mit Russland wiedervereinigt hätte, wäre es nicht zu dem Krieg gekommen, in dem das Verkehrsflugzeug zufällig oder – um Russland diffamieren zu können – absichtlich abgeschossen wurde. Die Ukraine hätte sich Russland nicht militärisch widersetzen können und deshalb die Abspaltung der russischen Provinzen hinnehmen müssen.

Die Europäer hätten die Entschlossenheit Russlands erlebt und sich von Washingtons provokanten Plänen distanziert. Diese europäische Reaktion hätte Washington daran gehindert, die Krise durch eine konstante Temperatursteigerung weiter anzuheizen; diese Temperatursteigerung findet in kleinen Schritten statt, damit sie der europäische Frosch nicht merkt und vorzeitig aus dem Topf springt (in dem er weichgekocht werden soll).

Im Umgang mit Washington hat sich Europa an die Wirksamkeit von Bestechungsgeldern, Drohungen und Druck gewöhnt. Die vereinnahmten europäischen Staaten haben sich mit der Machtlosigkeit der Diplomatie abgefunden. Die Europäer haben gelernt, dass nur der Schwächere die schwache Karte der Diplomatie spielt. Und natürlich wollen alle Europäer Dollars, die Washington immer hemmungsloser drücken lässt.

Russland und China sind in ihrem Konflikt mit Washington im Nachteil. Russland und China sind erst vor Kurzem der Tyrannei entronnen. Die Bewohner beider Staaten stehen noch unter dem Eindruck der US-Propaganda im Kalten Krieg. Damals wuchsen Menschen heran, die auch heute noch glauben, die USA seien ein Hort der Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit, der Bürgerrechte und des Wohlstandes für alle und heißen alle willkommen, die das Gleiche wollen.

Das ist ein gefährlicher Irrglaube. Washington hat ganz andere Vorstellungen. Washington hat einen Polizeistaat errichtet, um die eigene Bevölkerung in Schach zu halten, und Washington glaubt, es sei von der Geschichte zur Weltherrschaft auserkoren. Im letzten Jahr hat Präsident Obama vor aller Welt erklärt, er glaube fest daran, dass die USA die auserwählte Nation und zur Führung die Welt bestimmt seien.

Mit anderen Worten, alle anderen Staaten und Völker zählen nicht. Ihre Forderungen sind unwichtig. Ihre Sehnsüchte haben sich Washingtons Führungsanspruch unterzuordnen. Diejenigen, die sich Washington noch nicht beugen – Russland, China, der Iran und neuerdings auch (Washingtons Hilfstruppe) ISIS (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP09514_250614.pdf) – werden als Hindernisse betrachtet, die dem geschichtlichen Auftrag Washingtons im Weg stehen. Alles, sei es eine Idee oder ein Staat, was Washington auf dem Weg zur Weltherrschaft behindert, muss beiseite geräumt werden.

Im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert stand Europa unter dem Eindruck der Französischen Revolution, und alle europäischen Staaten strebten nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Washingtons heutiger Ehrgeiz ist größer. Es will die Herrschaft über die ganze Welt.

Wenn Russland und China sich nicht unterwerfen, bedeutet das Krieg.

Wie wir bereits auf S. 2 angekündigt haben, folgt jetzt eine Übersetzung der Section 105 des Gesetzentwurfs S.2277:

Gesetzentwurf S.2277, S.13, Section 105

105. VERSTÄRKTE KOOPERATION ZWISCHEN DEN USA UND DEUTSCHLAND IN FRAGEN DER GLOBALEN UND DER EUROPÄISCHEN SICHERHEIT

(a) POLITIK – Es ist die Politik der US-Regierung, eng mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland in allen Problemen der globalen und der europäischen Sicherheit zusammenzuarbeiten, besonders im Hinblick auf die aktuellen Ereignisse in Europa und Eurasien.

(b) EINRICHTUNG EINER GEMEINSAMEN ARBEITSGRUPPE DER USA UND DEUTSCHLANDS ZUR GLOBALEN UND EUROPÄISCHEN SICHERHEIT – Der Präsident soll eine Gemeinsame Arbeitsgruppe der USA und Deutschlands zu Sicherheitsfragen einberufen, die sich um gemeinsame Belange kümmert, zum Beispiel um die Entwicklung in der Ukraine, und die politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit beider Staaten verbessert – einschließlich des Informationsaustausches zwischen den Geheimdiensten beider Staaten.

(c) REGELMÄSSIGE TREFFEN – Die unter (b) beschriebene Arbeitsgruppe soll sich regelmäßig treffen: auf Ministerebene und darüber jährlich, auf Staatssekretärebene und darüber halbjährlich und auf Ebene der Abteilungsleiter und darüber vierteljährlich.

(d) GENEHMIGUNG VON FINANZMITTELN – Der (US-) Außenminister erhält von 2015 bis 2017 in jedem Haushaltsjahr 5.000.000 Dollar, die für die unter (b) und (c) aufgeführten Aktivitäten zu verwenden sind.

(e) BERICHTSPFLICHT – Nicht später als 180 Tage nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes und danach jährlich soll der Präsident den zuständigen Kongressausschüssen einen Bericht über die Treffen der Arbeitsgruppen zu den unter (b) genannten Themen vorlegen, der neben einer Darstellung der von der jeweiligen Arbeitsgruppe diskutierten Themen und gefassten Beschlüsse auch alle Bemühungen enthalten soll, die unternommen wurden, um die Beziehungen zwischen der Regierung der USA und der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern, auszuweiten und zu vertiefen.

(Wir haben den Roberts-Artikel und die Section 105 komplett übersetzt und den Artikel mit Ergänzungen und Links in runden Klammern versehen. Nach unserem Kommentar drucken wir beide Originaltexte ab.)

Unser Kommentar

Die Analyse des US-Autors Dr. Paul Craig Roberts (Infos über ihn sind nachzulesen unter http://en.wikipedia.org/wiki/Paul_Craig_Roberts) ist wie immer messerscharf, aber in einem wichtigen Punkt teilen wir seine Ansicht nicht. Wir glauben nicht, dass es besser gewesen wäre, wenn Putin auch noch den Anschluss des Donezbeckens an Russland zugelassen hätte. Die Menschen im Westen, die sich für die Erhaltung des Friedens in Europa und für gute Beziehungen zu Russland einsetzen, hätten es dann noch viel schwerer gehabt, sich der aus jahrzehntelang anezogenem Antikommunismus entsprungenen Hetze gegen den russischen Präsidenten Putin und das wieder erstarkte Russland entgegenzustellen. Leider muss Putin der Welt immer wieder beweisen, dass sein Angebot einer vertrauensvollen, für alle Beteiligten vorteilhaften Zusammenarbeit ernst gemeint ist, weil er nicht über den Vertrauensvorschuss verfügt, der dem "Friedensnobelpreisträger" Obama völlig zu Unrecht gewährt wird.

In der Section 105 des Gesetzentwurfs "Russian Aggression Prevention Act of 2014 – S.2277" geht es um die "engere Kooperation der USA und der Bundesrepublik Deutschland in Fragen der globalen und der europäischen Sicherheit", die Roberts als "totale Integration des deutschen Militärs in die imperialistischen Streitkräfte der USA" interpretiert. Aus der Übersetzung der ganzen Section 105 (s.o.) geht jedoch hervor, dass damit noch viel mehr beabsichtigt ist.

Äußerst befremdlich ist zunächst einmal, dass sich der US-Kongress anmaßt, einfach die Regierung der Bundesrepublik Deutschland zu einer vom Präsidenten der USA zu beru-

fenden Arbeitsgruppe vergattern zu können, ohne einen Gedanken daran zu verschwenden, ob die deutsche Regierung das überhaupt möchte; sie könnte ja – streng genommen – noch nicht einmal selbst darüber entscheiden, wen sie in diese Arbeitsgruppe entsenden möchte. Schon daran wird deutlich, wer in dieser Arbeitsgruppe das Sagen hätte.

Es geht also keineswegs darum, "die politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit beider Staaten zu verbessern", es geht nur um die regelmäßige Einbestellung und Vergatterung wichtiger deutscher Befehlsempfänger. Von der Bundeskanzlerin bis zum General im Verteidigungsministerium sollen alle Entscheidungsträger immer wieder so eingenordet werden, dass die Bundesrepublik Deutschland keinesfalls aus der Vorbereitung und Führung eines mit Atomwaffen ausgetragenen völkerrechtswidrigen Angriffskrieges gegen Russland ausschert. Wegen der zahlreichen wichtigen Befehlszentren und Basen der USA und der NATO in der Bundesrepublik (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_09/LP27209_071209.pdf) würden vorrangig die Deutschen dadurch ausgelöscht. Deshalb müssen die deutschen Politiker und Militärs besonders fest an die Kande genommen werden. Die vorgesehene Intensivierung des Informationsaustausches zwischen den Geheimdiensten soll wohl die Verunsicherung der US-hörigen deutschen Politiker beseitigen, die durch den NSA-Überwachungsskandal entstanden ist, und die bedingungslose Unterwerfung der deutschen Regierung unter die US-Regierung wieder herstellen.

Erstaunlich ist die relativ geringe Budgetierung der vollständigen Entmündigung der Deutschen. Sind ihre politischen und militärischen Entscheidungsträger wirklich mit nur 15 Millionen mehr oder weniger wertloser Dollars zu korrumpieren?



Washington Is Escalating the Orchestrated Ukrainian "Crisis" to War

July 24, 2014

Despite the conclusion by US intelligence that there is no evidence of Russian involvement in the destruction of the Malaysian airliner and all lives onboard, Washington is escalating the crisis and shepherding it toward war.

Twenty-two US senators have introduced into the 113th Congress, Second Session, a bill, S.2277, "To prevent further Russian aggression toward Ukraine and other sovereign states in Europe and Eurasia, and for other purposes." [1] The bill is before the Committee on Foreign Relations.

Note that prior to any evidence of any Russian aggression, there are already 22 senators lined up in behalf of preventing further Russian aggression.

Accompanying this preparatory propaganda move to create a framework for war, hot or cold with Russia, NATO commander General Philip Breedlove announced his plan for a deployment of massive military means in Eastern Europe that would permit lightening responses against Russia in order to protect Europe from Russian aggression.

There we have it again: Russian Aggression. Repeat it enough and it becomes real.

The existence of "Russian aggression" is assumed, not demonstrated. Neither Breedlove nor the senators make any reference to Russian war plans for an attack on Europe or any other countries. There are no references to Russian position papers and documents set-

ting forth a Russian expansionist ideology or a belief declared by Moscow that Russians are “exceptional, indispensable people” with the right to exercise hegemony over the world. No evidence is presented that Russia has infiltrated the communication systems of the entire world for spy purposes. There is no evidence that Putin has Obama’s or Obama’s daughters’ private cell phone conversations or that Russia downloads US corporate secrets for the benefit of Russian businesses.

Nevertheless, the NATO commander and US senators see an urgent need to create blitzkrieg capability for NATO on Russia’s borders.

Senate bill 2277 consists of three titles: “Reinvigorating the Nato Alliance,” “Deterring Further Russian Aggression in Europe,” and “Hardening Ukraine and other European and Eurasian States Against Russian Aggression.” Who do you think wrote this bill? Hint: it wasn’t the senators or their staffs.

Title I deals with strengthening US force posture in Europe and Eurasia and strengthening the NATO alliance, with accelerating the construction of ABM (anti-ballistic missile) bases on Russia’s borders so as to degrade the Russian strategic nuclear deterrent, and to provide more money for Poland and the Baltic states and strengthen US-German cooperation on global security issues, that is, to make certain that the German military is incorporated as part of the US empire military force.

Title II is about confronting “Russian aggression in Europe” with sanctions and with financial and diplomatic “support for Russian democracy and civil society organizations,” which means to pump billions of dollars into NGOs (non-governmental organizations) that can be used to destabilize Russia in the way that Washington used the NGOs it funded in Ukraine to overthrow the elected government. For 20 years Russian government negligence permitted Washington to organize fifth columns inside Russia that pose as human rights organizations, etc.

Title III deals with military and intelligence assistance for Ukraine, putting Ukraine, Georgia, and Moldova on a NATO track, expediting US natural gas exports in order to erase European and Eurasian energy dependence on Russia, preventing recognition of Crimea as again a part of Russia, expanding broadcasting (propaganda) into Russian areas, and again “support for democracy and civil society organizations in countries of the former Soviet Union,” which means to use money to subvert the Russian federation.

However you look at this, it comprises a declaration of war. Moreover, these provocative and expensive moves are presented as necessary to counter Russian aggression for which there is no evidence.

How do we characterize a bill that is not merely thoughtless, unnecessary, and dangerous, but also more Orwellian than Orwell? I am open to suggestions.

Ukraine as it currently exists is an ahistorical state with artificial boundaries. Ukraine presently consists of part of what was once a larger entity plus former Russian provinces added to the Ukrainian Soviet Republic by Soviet leaders. When the Soviet Union collapsed and Russia permitted Ukraine’s independence, under US pressure Russia mistakenly permitted Ukraine to take with it the former Russian provinces.

When Washington executed its coup in Kiev last year, the Russophobes who grabbed power began threatening in word and deed the Russian populations in eastern and southern Ukraine. The Crimeans voted to reunite with Russia and were accepted. This re-

unification was grossly misrepresented by Western propaganda. When other former Russian provinces voted likewise, the Russian government, kowtowing to Western propaganda, did not grant their requests. Instead, Russian president Putin called for Kiev and the former Russian provinces to work out an agreement that would keep the provinces within Ukraine.

Kiev and its Washington master did not listen. Instead, Kiev launched military attacks on the provinces and was conducting bombing attacks on the provinces at the moment the Malaysian airliner was downed.

Washington and its European vassals have consistently misrepresented the situation in Ukraine and denied their responsibility for the violence, instead placing all blame on Russia. But it is not Russia that is conducting bombing raids and attacking provinces with troops, tanks, and artillery. Just as Israel's current military assault against Palestinian civilians fails to evoke criticism from Washington, European governments, and the Western media, Kiev's assault on the former Russian provinces goes unreported and uncriticized. Indeed, it appears that few Americans are even aware that Kiev is attacking civilian areas of the provinces that wish to return to their mother country.

Sanctions should be imposed on Kiev, from which the military violence originates. Instead, Kiev is receiving financial and military support, and sanctions are placed on Russia which is not militarily involved in the situation.

When the outbreak of violence against the former Russian provinces began, the Russian Duma voted Putin the power to intervene militarily. Instead of using this power, Putin requested that the Duma rescind the power, which the Duma did. Putin preferred to deal with the problem diplomatically in a reasonable and unprovocative manner.

Putin has received neither respect nor appreciation for encouraging a non-violent resolution of the unfortunate Ukrainian situation created by Washington's coup against a democratically elected government that was only months away from a chance to elect a different government.

The sanctions that Washington has applied and that Washington is pressuring its European puppets to join send the wrong information to Kiev. It tells Kiev that the West approves and encourages Kiev's determination to resolve its differences with the former Russian provinces with violence rather than with negotiation.

This means war will continue, and that is clearly Washington's intent. The latest reports are that US military advisors will soon be in Ukraine to aid the conquest of the former Russian provinces that are in revolt.

The prostitute nature of the Western media ensures that the bulk of the American and European populations will remain in the grip of Washington's anti-Russian propaganda.

At some point the Russian government will have to face the fact that it doesn't have "Western partners." Russia has Western enemies who are being organized to isolate Russia, to injure Russia economically and diplomatically, to surround Russia militarily, to destabilize Russia by calling the American-funded NGOs into the streets, and in the absence of a coup that installs an American puppet in Moscow to attack Russia with nuclear weapons. I respect Putin's reliance on diplomacy and good will in the place of force. The problem with Putin's approach is that Washington has no good will, so there is no reciprocity.

Washington has an agenda. Europe consists of captive nations, and these nations are wi-

thout leaders capable of breaking free of Washington's agenda.

I hope that I am wrong, but I think Putin has miscalculated. If Putin had accepted the former Russian provinces requests to reunite with Russia, the conflict in Ukraine would be over. I am certain that Europe would not have joined Washington in any invasion with the purpose of recovering for Ukraine former provinces of Russia herself. When Washington says that Putin is responsible for downing the Malaysian airliner, Washington is correct in a way that Washington doesn't suspect. Had Putin completed the task begun with Crimea and reunited the Russian provinces with Russia, there would have been no war during which an airliner could have been downed, whether by accident or as a plot to demonize Russia. Ukraine has no capability of confronting Russia militarily and had no alternative to accepting the reunification of the Russian territories.

Europe would have witnessed a decisive Russian decision and would have put a great distance between itself and Washington's provocative agenda. This European response would have precluded Washington's ability to gradually escalate the crisis by gradually turning the temperature higher without the European frog jumping out of the pot.

In its dealings with Washington Europe has grown accustomed to the efficacy of bribes, threats, and coercion. Captive nations are inured to diplomacy's impotence. Europeans see diplomacy as the weak card played by the weak party. And, of course, all the Europeans want money, which Washington prints with abandon.

Russia and China are disadvantaged in their conflict with Washington. Russia and China have emerged from tyranny. People in both countries were influenced by American cold war propaganda. Both countries have educated people who think that America has freedom, democracy, justice, civil liberty, economic wellbeing and is a welcoming friend of other countries that want the same thing.

This is a dangerous delusion. Washington has an agenda. Washington has put in place a police state to suppress its own population, and Washington believes that history has conveyed the right to Washington to exercise hegemony over the world. Last year President Obama declared to the world that he sincerely believes that America is the exceptional nation on whose leadership the world depends.

In other words, all other countries and peoples are unexceptional. Their voices are unimportant. Their aspirations are best served by Washington's leadership. Those who disagree—Russia, China, Iran, and the new entity ISIL—are regarded by Washington as obstacles to history's purpose. Anything, whether an idea or a country, that is in the way of Washington is in the way of History's Purpose and must be run over.

In the late 18th and early 19th centuries Europe faced the determination of the French Revolution to impose Liberty, Equality, Fraternity upon Europe. Today Washington's ambition is larger. The ambition is to impose Washington's hegemony on the entire world.

Unless Russia and China submit, this means war.

S. 2277, Page 13 – SEC. 105. STRENGTHENED UNITED STATES-GERMAN COOPERATION ON GLOBAL AND EUROPEAN SECURITY ISSUES.

(a) POLICY. – It is the policy of the United States Government to work closely with the Government of the Federal Republic of Germany on issues related to global and European security, particularly in light of ongoing events in Europe and Eurasia.

(b) UNITED STATES-GERMAN GLOBAL AND EUROPEAN SECURITY WORKING GROUP. – The President shall establish a United States-German Global and European Security Working Group to focus on areas of mutual concern, including addressing the ongoing situation in Ukraine and to increase the political, economic, and military cooperation between the two states, including additional intelligence sharing between the two states.

(c) REGULAR MEETINGS. – The working group required to be established under subsection (b) shall meet not less than annually at the Secretary level or above, semi-annually at the Deputy Secretary level or above, and quarterly at the Assistant Secretary level or above.

(d) AUTHORIZATION OF APPROPRIATIONS. – There is authorized to be appropriated to the Secretary of State \$5,000,000 for each of fiscal years 2015 through 2017 to carry out the activities described under subsections (b) and (c).

(e) REPORT. – Not later than 180 days after the date of the enactment of this Act, and annually thereafter, the President shall submit to the appropriate congressional committees a report on the meetings of the working group required to be established under subsection (b), including a description of the specific issues discussed and decisions made by the working group, and its efforts to improve, expand, and deepen the relationship between the United States Government and the Government of the Federal Republic of Germany.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern